

## Viel Korruption in Rumänien und Bulgarien

**Brüssel.** Dreieinhalb Jahre nach dem EU-Beitritt bleiben Rumänien und Bulgarien weit hinter den europäischen Standards im Kampf gegen Korruption und organisierte Kriminalität zurück. Das geht aus dem Jahres-Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission hervor. Besonders in Rumänien gebe es „schwerwiegende Mängel“ bei der Reform von Polizei und Justiz. Beide Länder hätten nicht genug getan, um öffentliche Gelder vor Missbrauch und Veruntreuung zu schützen.

Bulgarien habe zwar sein Strafrecht verbessert, aber zu wenige Korruptionsprozesse würden zu Ende geführt, so der Bericht. Noch grundsätzlicher fällt die Kritik an Rumänien aus. Es zeige „nicht genügend politischen Willen zur Unterstützung des Reformprozesses“.

Beide Länder waren 2007 trotz Zweifeln an ihrer Beitrittsreife Mitglieder der Europäischen Union geworden. **afp**

## Moskau plant neuen Weltraumbahnhof

**Koroljow.** Russland plant im eigenen Land für umgerechnet 625 Millionen Euro den Bau eines Weltraumbahnhofs. Mit dem Kosmodrom in Wostochsni im Fernen Osten am Amur wolle man seine führende Stellung auf dem Markt für Raketenstarts behalten, sagte Ministerpräsident Wladimir Putin. Der neue Weltraumbahnhof soll in drei Jahren aus dem Boden gestampft werden und 2015 den Betrieb für unbemannte und 2018 für bemannte Flüge aufnehmen. Wostochsni macht Baikonur in Kasachstan Konkurrenz, von wo derzeit russische Raketen ins All starten. Russland hat die noch aus der Sowjetzeit stammende Anlage nach dem Zerfall der UdSSR 1991 bis 2050 gepachtet. **rt**

## Hunger in Niger: UN braucht Spender

**Rom.** Angesichts der zunehmenden Zahl unterernährter Kinder weitet das Welternährungsprogramm (WFP) sein Hilfsprogramm für den von einer Dürrekatastrophe betroffenen Niger aus. Wie die UN-Organisation mitteilt, sollen bis Jahresende acht Millionen Hungernde in dem Land versorgt werden. „Um die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen, brauchen wir dringend Bargeldspenden“, mahnte Exekutivdirektorin Josette Sheeran. **epd**

## Russland exportiert Waffen wie nie zuvor

**Moskau.** Russlands Waffenexporte werden 2010 mit einem Volumen von rund neun Milliarden Dollar wohl einen Rekordstand erreichen. Nach dem bisherigen Geschäftsverlauf zu urteilen, werde das Ziel eines neuen Rekordes wohl erreicht, erklärte ein ranghoher Militär. 2009 hatte Russland Waffen für rund 8,5 Milliarden Dollar ausgeführt. **rt**

## Kolumbien feiert seine Unabhängigkeit

**Buenos Aires/Bogotá.** In Kolumbien haben am Dienstag die Feierlichkeiten zum 200. Jahrestag der Unabhängigkeit von Spanien begonnen. Mit einer Andacht, einer Militärparade und einer Feier auf der Plaza de Bolívar in der Hauptstadt Bogotá erinnert das Land an den 20. Juli 1810, der offiziell als der Beginn des Unabhängigkeitsprozesses gilt. **epd**

# Kolping-Entwicklungshilfe gerät ins Zwielflicht

Ein Repräsentant in Paraguay soll deutsche Steuergelder veruntreut haben. Wusste die Zentrale in Köln von den Vorgängen?

Mona Contzen

**Asunción.** Vor zweieinhalb Jahren hat der Unicef-Skandal das Vertrauen in die Entwicklungshilfe erschüttert. Nun gerät eine weitere Organisation in Verdacht, Fördermittel in Höhe von mindestens 653 000 US-Dollar zweckentfremdet zu haben. Die Kolping-Stiftung Paraguay erhebt schwere Vorwürfe gegen den ehemaligen paraguayischen Vorstand und gegen die Geschäftslei-

tung des Vereins „Sozial- und Entwicklungshilfe des Kolpingwerkes“ (SEK) in Köln. Seit November ermittelt die paraguayische Staatsanwaltschaft gegen den Ex-Geschäftsführer von Kolping Paraguay, Maximo S. Er soll von 2005 bis 2007 Fördermittel des deutschen Entwicklungshilfeministeriums (BMZ) veruntreut haben. Und der SEK soll über die Vergabe von Scheinkrediten informiert gewesen sein – so der Vorwurf.

Der SEK, der für Kolping International die Aktivitäten in 61 Ländern koordiniert, weist die Anschuldigungen zurück. Laut Generalsekretär Hubert Tintelott habe der Verein weder selbst staatliche Fördergelder zweckentfremdet, noch habe sich eine Veruntreuung in Paraguay bestätigt. Das BMZ lässt die Bücher in Köln und Paraguay prüfen – und verspricht, Licht ins Dunkel zu bringen. Es gibt aber Zweifel an der Aufklärungsarbeit des

Ministeriums. So fordert der Grünen-Bundestagsabgeordnete Thilo Hoppe Kontrolle durch externe Prüfer.

Derweil befürchtet Brigitte Fuzellier, die neue Geschäftsführerin von Kolping Paraguay, eine Einstellung der Fördermittel. Ein Projekt zur Förderung von Selbsthilfeorganisationen läuft im Oktober aus. Seine Zukunft ist ungewiss, weil Kolping International nun Fuzellier fehlende Abrechnungen vorwirft.

„Im Internationalen Kolpingwerk hat sich meiner Meinung nach ein sehr großes Krebsgeschwür eingenistet und dieses Krebsgeschwür sitzt ganz oben im SEK“, klagt Fuzellier. Sie beruft sich auf Dokumente der Jahre 2002 bis 2007, die jetzt von der paraguayischen Justiz überprüft werden. Sollten sich die Vorwürfe für den gesamten Zeitraum bestätigen, läge der veruntreute Betrag um ein vielfaches höher als bisher angezeigt.

## Israel will weniger Phosphor einsetzen

**Jerusalem.** Israel will in kommenden Kriegen den Einsatz von Phosphorwaffen einschränken und die Anzahl ziviler Opfer begrenzen. Entsprechende Anweisungen habe Generalstabschef Gabi Ashkenasi erteilt, heißt es jetzt in einem Bericht Israels an das Büro von UN-Generalsekretär Ban Ki Moon. Neben den neuen Bestimmungen zum Gebrauch von Phosphor gebe es Änderungen in den Einsatzrichtlinien, um bei künftigen Kämpfen die Zahl ziviler Opfer sowie die Schäden an zivilem Eigentum möglichst gering zu halten.

Nach der im Dezember 2008 gestarteten Militäroffensive im Gazastreifen stand Israel wegen der hohen Opferzahl massiv in der Kritik. Nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen war mehr als die Hälfte der rund 1400 getöteten Palästinenser nicht an Kämpfen beteiligt. Israel wurde zudem vorgeworfen, zahlreiche Granaten mit weißem Phosphor abgeworfen zu haben. Er kann schwere Verbrennungen der Haut sowie Schäden an Leber, Herz und Nieren verursachen. **afp**

## Gericht verbietet Abschiebungen

**Straßburg.** Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg hat die Niederlande und Schweden aufgefordert, zwei abgelehnte Asylbewerber nicht in ihre Herkunftsländer abzuschieben. In deren Heimatländern Libyen und Afghanistan wären die Betroffenen Folter, Haft und Strafverfolgung ausgesetzt, begründete der Gerichtshof sein Urteil und berief sich dabei auf die Europäische Konvention für Menschenrechte. **epd**

## Europarat rügt Kastrationen

**Straßburg.** Das Antifolterkomitee des Europarats und die Tschechische Republik streiten weiter über den angemessenen Umgang mit Sexualstraftätern. In einem Bericht kritisierten die Europarats-Experten, dass in den Jahren 2008 und 2009 mindestens sechs Sexualstraftäter operativ kastriert worden seien. Tschechien verteidigte die Kastrationen. Sie würden nur bei Straftätern vorgenommen, die dazu ihre Zustimmung gegeben hätten. **kna**

## NS-Opfer pochen auf ihre Ansprüche

**Rom.** Nachkommen italienischer NS-Opfer dringen weiter auf eine Entschädigung für deutsche Kriegsverbrechen. Trotz einer Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs, wonach italienische Entschädigungsforderungen an Deutschland völkerrechtswidrig sind, hielten die Angehörigen ihre Ansprüche aufrecht, sagte deren Anwalt. **epd**

## Entlassung wegen des Haditha-Massakers

**Los Angeles.** In den USA ist ein Soldat wegen des Massakers von Haditha im Irak 2005 in den Ruhestand versetzt worden. Das melden die Anwälte des Oberstleutnants. In Haditha sollen US-Truppen aus Rache fünf Zivilisten getötet und 19 verletzt haben. Acht Soldaten wurden angeklagt, siebenmal gab es Einstellungen oder Freisprüche. **afp**

## AFRIKA UND DAS ÖL

# BP bohrt auch im Mittelmeer

Ein Abkommen mit Libyen sichert dem Krisenkonzern Zugriff auf riesige Rohölvorkommen. Im August geht es los

Martin Gehlen

**Kairo/Tripolis.** Einwände wischt Libyens oberster Ölverkäufer Shokri M. Ghanem mit wenigen Sätzen vom Tisch. „In der Ölindustrie hat es immer Unfälle gegeben und wird es immer Unfälle geben – daran führt kein Weg vorbei.“ Libyen werde dem BP-Konzern im Golf von Sirte die erste Tiefbohrung erlauben, kündigte der Chef der National Oil Corporation (NOC) und frühere Premierminister in Tripolis im Gespräch mit Auslandskorrespondenten aus Kairo an. Wenn ein Flugzeug abstürze, schaffe man ja auch nicht weltweit den Luftverkehr ab.

Kaum hat der britische Ölkonzern das seit drei Monaten sprudelnde Öl-Loch im Golf von Mexiko mit einer provisorischen Kappe einigermaßen abgedichtet, startet er vor Europas Haustür ein neues Projekt mit ähnlichem Umweltrisiko. „Die Arbeiten beginnen Anfang August“, bestätigte Ahmed al-Tardi, Direktor für internationale Zusammenarbeit bei der libyschen NOC, gegenüber unserer Zeitung. 1734 Meter unter der Wasseroberfläche – und damit gut 200 Meter tiefer als vor der US-Küste – sollen die ersten Bohrmeißel in das Schelf getrieben werden, um an die Ölvorräte im

»In der Ölindustrie hat es immer Unfälle gegeben und wird es immer Unfälle geben«

Sirte-Becken heranzukommen. Bis zum Jahresende sollen vier weitere folgen – teilweise mehr als 2000 Meter tief. Wenn alles nach Plan läuft, heißt es in der BP-Zentrale in London, fließt 2018 das erste Öl. Die geologischen Lager sind so groß wie Belgien und reichen 300 Kilometer hinaus aufs offene Meer.

Trotz der enormen Umwelt- und Prestigeschäden durch die US-Katastrophe halten beide Seiten eisern an dem 2007 zwischen BP-Chef Tony Hayward und Ghanem unterzeichneten



Öl aus dem Meer – die Suche geht weiter, trotz der Katastrophe im Golf von Mexiko.

Foto: afp

900-Millionen-Dollar Pakt fest, seinerzeit von dem britischen Konzern als sein „bisher größter Fördervertrag“ gefeiert. Bis zu zwanzig Milliarden Dollar wolle man investieren, erklärte BP damals, um nach gut dreißig Jahren Embargo sind so groß wie Belgien und reichen 300 Kilometer hinaus aufs offene Meer.

Gaddafis Wüstenstaat wiederum will sich als international zuverlässiger Partner prä-

sentieren, der nicht plötzlich und einseitig Verträge kippe, bloß weil es anderswo auf der Welt Probleme gebe. Auch Libyens Staatsziel, seinen Ölexport von jetzt 1,5 Millionen Barrel pro Tag bis zum Ende des Jahrzehnts auf 2,8 bis 3,0 Millionen Barrel zu verdoppeln, wäre dann geplatzt.

## Gefahr für den Tourismus

Tiefwasser-Förderinseln im Mittelmeer jedoch bergen vor allem für Libyen ein beträchtliches ökologisches Risiko, wie

die Verantwortlichen spätestens seit dem Untergang der „Deepwater Horizon“ wissen. Käme es zu einer ähnlichen Ölpest, könnte Gaddafis Staat seine kühnen Tourismuspläne entlang der makellosen 2000-Kilometer-Küste auf Jahre und Jahrzehnte begraben. Schwer betroffen wären möglicherweise auch die benachbarten Länder Tunesien und Ägypten, sowie das gegenüberliegende Italien, die alle gut am Urlaubsgeschäft verdienen.

Vor kurzem forderte der zuständige EU-Energiekommiss-



# Ölpest – In Nigeria ist das Alltag

Jedes Jahr einmal die Exxon Valdez: Im Niger-Delta gibt es eine kontinuierliche, aber kaum beachtete Verseuchung

Dagmar Wittek

**Iala.** In Nigeria versteht kaum einer die Aufregung um die Ölpest im Golf von Mexiko. „Jede Woche verzeichne Nigerias ölfreichstes Gebiet Vorfälle“, so Famous Inivie, der Sprecher der Jugendorganisation in Edagberi. In einem Bericht des Umweltheraters Richard Steiner heißt es, dass im Niger-Delta jährlich 15 000 Tonnen Öl auslaufen. Das dortige Ökosystem sei das weltweit am schlimmsten durch Öl verpestete Gebiet.

Fischer ziehen ölverschmierte Netze aus dem Wasser, Kinder schwimmen in von Schwermetallen verseuchten Flussmündungen und Frauen waten durch von einem schwarzen Ölfilm überzogene Mangrovensümpfe. Das ist Alltag in Nigeria, Afrikas größtem Ölproduzenten. Die Nichtregierungsorganisation „Centre for environment, human rights and development“ (CEHRD) verzeichnete allein für die Dorfgemeinschaft von Edagberi innerhalb von drei Jahren 16 Vorfälle, bei denen

Öl in die Fischgründe lief und sämtliche Pflanzen, Krabben und Fische tötete.

Erst vor wenigen Wochen, berichtet die Nichtregierungsorganisation, habe Shell eine lecke Pipeline repariert, die zwei Monate lang Öl in das Feuchtgebiet pumpte. Auch Exxon Mobil habe im Mai mehrere Wochen benötigt, um eine defekte Offshore-Pipeline zu flicken. Ein aus örtlichen und internationalen Experten zusammengesetztes Team stellte 2006 fest, dass jedes Jahr rund 11 Millionen Gallonen

Öl unkontrolliert ins Niger-Delta fließen. Das sind katastrophale Ausmaße im Vergleich zur weltweit viel beachteten Exxon-Valdez-Ölpest 1989, als rund 10,8 Millionen Gallonen Öl vor Alaska ins Meer flossen. Die kontinuierliche Verseuchung des Niger-Deltas könnte eines von Afrikas tierreichsten Feuchtgebieten zerstören.

Dabei ist bekannt, dass auch sehr häufig Öl illegal abgezapft wird und dass Rebellen Gruppen immer wieder Pipelines sabotieren, weil sie an den Ge-

winnen beteiligt sein wollen. 80 Prozent des nigerianischen Bruttoinlandsprodukts stammen aus dem Ölgeschäft, von dem die Region – die am dichtesten besiedelt, aber auch am ärmsten ist – wenig zu sehen bekommt. Inwiefern jedoch Sabotageakte maßgeblich für die Umweltverseuchung fatalen Ausmaßes verantwortlich zeichnen, ist fraglich. In der Steiner-Studie heißt es, dass zu viel Öl austrete, als dass Sabotage allein dafür verantwortlich gemacht werden könne.